



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

135. Sitzung (öffentlich)

19. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:12 Uhr

Vorsitz: Stephan Haupt (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 3 und 4 zu tauschen und den Punkt „Verschiedenes“ am Ende der Tagesordnung aufzunehmen.

1 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14962

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/4408
Stellungnahme 17/4533

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

2 Impulse des Baulandmobilisierungsgesetzes für NRW schnell nutzen 8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13780

Schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4536
Stellungnahme 17/4537
Stellungnahme 17/4531
Stellungnahme 17/4545
Stellungnahme 17/4554
Stellungnahme 17/4530
Stellungnahme 17/4540
Stellungnahme 17/4549
Stellungnahme 17/4527

– schriftliche Anhörung von Sachverständigen
– keine Wortbeiträge

3 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 9

– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge

4 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen 15

– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge

- 5 Sachstand Transparenzkommission** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **19**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5950
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 6 Umsetzung des KAG-Förderprogramms** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **20**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5967
- Wortbeiträge
- 7 Modellprojekt zum Kauf von Belegungsrechten** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **23**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5951
- Wortbeiträge
- 8 Behandlung einer Petitionsangelegenheit** **25**
- Petition 17-P-2021-23508-00
Vorlage 17/5940
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, zum Thema „Anhörung zu Abstandsregelungen für nichtbrennbare Photovoltaikanlagen“ eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obbleuten abzustimmen.

9 Verschiedenes**26**

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, seine Arbeitssitzungen unverändert zwischen 9:30 und 12:30 Uhr durchzuführen.

* * *

1 **Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14962

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/4408
Stellungnahme 17/4533

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 09.09.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Verkehrsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.)

Fabian Schrumpf (CDU) betont die Dringlichkeit, Ersatzneubauten schnell zu realisieren, weshalb die Landesregierung bereits im März das Infrastrukturpaket II für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen und Brücken beschlossen habe. Nun gelte es, Geschwindigkeit bei der Planung und beim Bau von Straßen und Wegen aufzunehmen. Zukünftig entfalle das Planfeststellungsverfahren für Ersatzneubauten, wenn es sich um rein konstruktive Anpassungen von Straßen und Brücken an die aktuellen Regelungen handele.

Davon profitierten auch die Planung und der Bau von Radwegen; gebe es für Klagen gegen Radschnellverbindungen mit dem Oberverwaltungsgericht doch nur noch eine Tatsacheninstanz. Radwege bis zu 6 km Länge, die nicht durch geschütztes Gebiet führten, erforderten keine Umweltverträglichkeitsprüfung mehr. Neben weiteren Punkten könnten nun auch Schrottautos schneller abgeschleppt werden.

Andreas Becker (SPD) benennt den Mangel an Lkw-Stellplätzen aufgrund defizitärer Verkehrsinfrastruktur des Bundes, sodass er wissen möchte, warum nun das Land handeln müsse, welche Flächen verbraucht würden und welcher Verkehr von den Autobahnabfahrten zu den Lkw-Stellplätzen entstehe. Allerdings werde mit dieser undifferenzierten Politik versucht, die katastrophale Fehlentwicklung des Güterverkehrs zugunsten des Straßenverkehrs weiter zu befördern, was dem dringenden Erfordernis einer umfassenden Verkehrswende diametral entgegenstehe.

Zahlreiche Regelungen blieben zudem unklar, weil die zugrunde liegenden Kriterien nicht erläutert würden wie beispielsweise die Aufweichung landesgesetzlicher Vorgaben für die Umweltverträglichkeitsprüfung, was die positiven Aspekte wie den Einchluss von Radschnellwegeverbindungen nicht wettmachen könnten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) sieht ebenfalls Vorteile beim Umgang mit Schrottautos, gegen die man zukünftig über das Gefahrenrecht deutlich schneller vorgehen könne. Seine Fraktion begrüße auch die Planungsverkürzung, kritisiere aber das Linienbestimmungsverfahren. Die Verwaltung müsse den Bürgerinnen und Bürgern bereits in einer frühen Phase umfangreich und detailliert Planungsprozesse vorstellen. Am Ende sei die Linienbestimmung nämlich so ungenau, dass im weiteren Verfahren zahlreiche Einsprüche zu Veränderungen führten, sodass es gelte, Prozesse zu bündeln. Dabei dürfe man die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht so einschränken, dass sie faktisch keine Einflussmöglichkeit mehr hätten; wohl aber müssten die Verfahren deutlich beschleunigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.